

Basler Beamte befinden über ihre eigene Arbeitszeit

Sollten sie nicht in den Ausstand? Einige Grossratsmitglieder, die beim Kanton arbeiten, haben für die 38-Stunden-Woche gestimmt. Bürgerliche sind erbost. Ein Mitte-Grossrat fordert eine schärfere Ausstandsregel.

Katrin Hauser und **Sebastian Briellmann**

Am Mittwochnachmittag kommt die FDP-Fraktion im Grossen Rat aus dem Staunen kaum mehr heraus. Dass ausgerechnet ihre freisinnige Kollegin, Karin Sartorius, gegen die Fraktionsparole und für eine 38-Stunden-Woche für Basler Beamte gestimmt hat: Das will man nicht wahrhaben.

Das Ergebnis kommt tatsächlich überraschend. Obwohl Bürgerliche und GLP für einmal vereint dagegen sind, schafft es die Linke – auch dank Abwechlerin Sartorius und Abwesenden bei LPD, GLP und EVP –, die Motion zur 38-Stunden-Woche an die Regierung zu überweisen. Es handelt sich dabei um eine faktische Lohnerhöhung für die rund 11'700 Kantonsangestellten, da zwar die Arbeitszeit, nicht aber der Lohn reduziert werden soll. Um das auszugleichen, braucht es mehr Stellenprozentage bei einer Verwaltung, die ohnehin schon stark wächst.

Was die Bürgerlichen dabei besonders stört: Dass einige Ratsmitglieder, die selbst beim Kanton arbeiten, dafür gestimmt haben – und sich somit zu mehr Lohn verhelfen würden. So etwa Sartorius, die als Branchenverantwortliche Life Sciences beim Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt angestellt ist.

«Selbstbedienungsgladen Grosser Rat» kommentiert ein erboster André Auderset in den sozialen Medien. «Die im Rat reichlich vertretenen Staatsangestellten stimmten eifrig mit; soweit sie dem rot-grünen Lager angehörten, natürlich mit Ja. Aber nicht nur sie: Auch Karin Sartorius (FDP und Kantonsangestellte) drückte den Ja-Knopf. Felix Wehrli (SVP und pensionierter Kantonsangestellter) enthielt sich immerhin.»

Der lokale FDP-Parteipräsident Johannes Barth ist auch nicht angetan: «Ich halte das Stimmverhalten von Karin Sartorius aus persönlicher Sicht für unglücklich.» Sie habe ihm zwischenzeitlich jedoch ihre Gründe dargelegt – «und ich gehe davon aus, dass sie sich bei der zweiten



Grossrätin Karin Sartorius (FDP) und Grossrat Mahir Kabakci (SP) werden für ihr Abstimmungsverhalten scharf kritisiert. Fotos: PD, Kostas Maros

Überweisung der Stimme enthalten wird.» Zur Klarstellung: Die 38-Stunden-Woche wurde noch nicht definitiv beschlossen (Zweitüberweisung), sondern erst der Regierung für einen Vorschlag zur Umsetzung überreicht (Erstüberweisung).

Später am Tag meldet sich auch Sartorius. Sie verweist ebenfalls darauf, dass ihr Abstimmungsverhalten nicht zu einem endgültigen Entscheid geführt habe. «Nichts ist entschieden», sagt sie. Es gehe lediglich um eine erste Stellungnahme der Regierung.

Der Kanton brauche ebenso wie die Wirtschaft Talente, um effizient zu arbeiten. «Ich denke,

es wäre gut, wenn sich die Verwaltung als moderner Arbeitgeber Gedanken darüber macht, wie attraktive Arbeitsplätze in Zukunft aussehen könnten – wie zum Beispiel mit einer 40-Stunden-Woche oder Homeoffice-Möglichkeiten.»

Nun sind es also bereits 40 und nicht mehr 38 Stunden ...

Is der Ärger berechtigt?

Während Sartorius nicht mehr allzu überzeugt von der Motion scheint, steht SP-Grossrat Mahir Kabakci nach wie vor klar hinter ihr. Er ist der Dealmaker. Er hat bei den Bürgerlichen dafür gewonnen. Und: Auch er wird heftig

kritisiert, da er als Personalberater beim Kanton angestellt ist. Er habe keineswegs aus Eigeninteresse gehandelt, sagt er. «Der Fachkräftemangel stellt auch den Kanton Basel-Stadt vor ein grosses Problem.» Der Kanton müsse daher ein attraktiver Arbeitgeber bleiben, um qualifiziertes Personal anstellen und behalten zu können. «Jene, die nun einzelne Köpfe an den Pranger stellen, wollen vom eigentlichen Problem ablenken, da sie keine eigenen Lösungen präsentieren können.»

Die Bürgerlichen sehen das dezidiert anders. SVP-Grossrat Joël Thüring echauffiert sich dergestalt, dass er Staatsangestellten gar

verbieten will, Parlamentsmandate auszuüben.

Für Daniel Albietz (Mitte/EVP) ist klar, dass Kantonsangestellte nicht frei entscheiden können, wenn sie sich mit einer Ja-Stimme eine nahezu zehnprozentige Lohnerhöhung ermöglichen könnten. Auch andere fordern, dass man in dieser Situation in den Ausstand tritt.

Ist die Forderung berechtigt? Das Gesetz besagt, dass Ratsmitglieder in den Ausstand treten müssen, wenn sie ein Geschäft «unmittelbar persönlich betrifft». Dies sei bei der allgemein und abstrakt formulierten 38-Stunden-Woche nicht der Fall, erklärt Staatsrechtler Mar-

kus Schefer auf Anfrage. «Die Ausstandsregel beschränkt sich auf Entscheide, die konkret an eine bestimmte Person oder beispielsweise an ein Unternehmen adressiert sind.»

Ein Beispiel: Im Herbst 2020 hat der Grosse Rat eine Petition zum Erhalt des Restaurants Da Gianni überwiesen. Wäre der Betreiber des Lokals ein gewählter Grossrat, hätte er in dieser Situation in den Ausstand treten müssen.

Die Ausstandsregel sei absichtlich sehr restriktiv formuliert, so Schefer. Denn: «Alle Parlamentarier sollen grundsätzlich die gleichen Rechte haben.»

Es könne nicht sein, dass Angestellte beim Kanton in den Ausstand treten müssen, wenn über eine 38-Stunden-Woche beraten wird, Gastro-Unternehmer hingegen über den Mindestlohn abstimmen dürften. «Man kann nicht spezifisch für öffentliche Angestellte Ausstandsregeln schaffen.»

Ausstandsregel war schon öfter Thema

Albietz geht es allerdings nicht darum, dass nur Kantonsangestellte vermehrt in den Ausstand treten sollen. Er arbeitet an einem Vorstoss, um die Ausstandsregel für alle zu verschärfen – und klarer zu formulieren.

Er ist nicht der Erste, der das versucht. 2020 hatte der ehemalige SVP-Grossrat Alexander Gröflin die Idee, das Ratsbüro könnte doch entscheiden, ob jemand in den Ausstand zu treten habe.

Schon damals ärgerte man sich nämlich über Fälle, in denen Leute abstimmten, obwohl sie von einem Geschäft betroffen waren. So weibelte etwa Martina Bernasconi (damals FDP-Grossrätin) 2019 für mehr Geld fürs Basler Literaturhaus, obwohl sie selbst in dessen Vorstand sass. Ein Jahr zuvor ärgerten sich die Bürgerlichen, als mithilfe von linken Kantonsangestellten ein Teuerungsausgleich für Beamte beschlossen wurde. Der Vorstoss von Alexander Gröflin blieb allerdings chancenlos.